



Regierungsratsbeschluss vom 21. April 2026

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Kinderrechte umsetzen: Für ein Verbot ausländerrechtlicher Administrativhaft für Minderjährige im Kanton Basel-Stadt; Stellungnahme

P255546

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Heidi Mück und Konsorten nicht zu überweisen.

Begründung

Das geforderte Verbot ist mit Bundesrecht nicht vereinbar und die Motion daher rechtlich unzulässig. Unabhängig davon hätte ein Verbot von kurzfristigen Festhaltungen bei Minderjährigen auch erhebliche praktische Auswirkungen, da ein operativ notwendiges Minimalinstrument zur Sicherstellung eines geordneten Vollzugs wegfallen würde. Im Bereich Administrativhaft wäre das Verbot hingegen ohne praktische Tragweite, da das Migrationsamt Basel-Stadt praxisgemäss keine Administrativhaften gegenüber Minderjährigen verfügt.

